

Kleine Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Verfolgung von Straftaten unter dem NS-Regime

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was wird die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Landesjustizverwaltungen unternehmen, um angesichts der am 8. Mai 1965 eintretenden Verjährung auch der schwersten unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Straftaten alle Möglichkeiten auszunutzen, die Verantwortlichen strafrechtlich zu belangen?
2. Wird die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Landesjustizverwaltungen rechtzeitig das noch nicht ausgewertete Dokumentenmaterial prüfen, und zwar insbesondere das
 - a) im Gebiet der Bundesrepublik, vor allem im Bundesarchiv in Koblenz vorhandene und noch nicht vollständig gesichtete Material,
 - b) das in den westlichen Ländern,
 - c) in den Archiven der sowjetisch besetzten Zone und
 - d) in den osteuropäischen Ländern, insbesondere in Warschau und Prag,befindliche Material?

Bonn, den 28. April 1964

Erler und Fraktion